

**Redebeitrag der BürgerEnergie Lübeck eG  
auf der Kundgebung des Netzwerks Energiewende Lübeck  
am Weltklimatag, 12. November 2016**

Die BürgerEnergie Lübeck eG wurde im Februar 2013 gegründet. Das ursprüngliche Ziel war der Erwerb von Anteilen an den Lübecker Stadtwerken und damit die Mitsprache in einem städtischen Unternehmen durch Bürgerinnen und Bürger. Dieses Ziel ist politisch verhindert worden.

Ziel der BürgerEnergie ist jetzt die Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen, aus Sonne, Wasser, auch Wind. Dieses Ziel verfolgen in Deutschland inzwischen mehr als 900 Energiegenossenschaften. Sie wollen dazu beitragen, dass die Energiewende gelingt.

Das geht, und es gibt dafür gute Gründe. Die werden aber nicht dazu führen, das schnelle Ende des fossilen Zeitalters einzuläuten. Denn Frau Merkel, die sogenannte Klimakanzlerin, und ihr Energieminister, Herr Gabriel, konnten bisher nicht mit Argumenten von einer besseren Klimapolitik überzeugt werden.

Jüngstes Beispiel ist das Erneuerbare Energien Gesetz. Nach der letzten Novellierung deckelt es erneut den Ökostrom-Zuwachs. Der Anteil des Ökostroms am Verbrauch, derzeit ist das gut ein Drittel, soll in den nächsten zehn Jahren auf maximal 45 Prozent steigen. Bei einem Zuwachs wie in den letzten Jahren wäre diese Marke spätestens in fünf Jahren, also in der Hälfte der Zeit erreicht.

Das von Gabriel & Co. vorgebrachten Argument, Stromnetze und Stromspeicher seien nicht ausreichend vorhanden, um mehr Ökostrom zu verkraften, zieht nicht. Deutschland leidet nicht unter zu viel Ökostrom, sondern unter einem Überangebot an Kohlestrom, der die Leitungen verstopft. Dieses Problem geht die Bundesregierung aber nicht an, jedenfalls nicht vor 2018, so die letzte Meldung zum „Klimaschutzplan 2050“.

Stattdessen wird bei den Energiegenossenschaften angesetzt. Bundeswirtschaftsminister Gabriel argumentiert, Windräder und Solaranlagen seien ausgereifte Technologien, die sich nun dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb stellen müssten. Gemeint sind Ausschreibungen, bei denen der günstigste Anbieter von Solaranlagen und Windparks den Zuschlag erhält.

Konzerne und Großinvestoren werden dieses Verfahren dominieren. Die Bürgerenergie-Genossenschaften, die in Deutschland bisher eine tragende Säule der Energiewende waren, werden abgehängt. Sie sind gar nicht in der Lage, die hohen Vorlaufkosten aufzubringen. Das neue EEG bremst sie schlicht aus.

Energiepolitik, wie sie bei uns betrieben wird, hat mit Interessen zu tun. Wir müssen daher als Bürgerinnen und Bürger unsere Interessen vertreten. Wir müssen solange politischen Druck machen, bis diese Regierung am Ende gar nicht anders kann, als den Ausstieg aus der Kohle endgültig zu machen. Nur wenn wir diesen Druck weiter ausüben, können wir die fossilen Energieriesen davon abhalten, die Lebensgrundlagen für uns und alle nach uns immer mehr zu zerstören.

Zwei Zahlen machen deutlich, was auf dem Spiel steht: Um die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen stehen jedem Erdbewohner pro Jahr 2,7 Tonnen an CO<sub>2</sub> zu. In Deutschland liegt die durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Bilanz bei abstrusen elf Tonnen pro Person und

Jahr. Die nötige Reduzierung ist nicht ohne politische Entscheidungen und technische Lösungen möglich. Aber wir alle sind auch gefragt, den eigenen Konsum und die eigene Mobilität zu überdenken und zu verändern.

Peter Parge  
Mitglied im Aufsichtsrat der BürgerEnergie Lübeck eG